

Feststellung der Tarife leicht möglicherweise einen ungünstigen Ausgang für die sächsischen Staatsinteressen nehmen können. Ich kenne den jetzigen Sachstand nicht; aber die Befürchtung vermag ich nicht zu unterdrücken, daß mächtige Stimmen von Sachsen noch weitere große Opfer fordern werden, und wenn man sich erinnert, was an einem andern Orte ein anderer Minister jüngst gesagt hat, so darf man große Hoffnung auf Vermehrung der Nutzung der sächsischen Staatsbahnen in der Zukunft sich nicht machen. Trotz Alledem bedaure ich nicht die Politik, die in Sachsen in Betreff der Eisenbahnen eingeschlagen worden ist, und ich theile durchaus nicht die Auffassung des Herrn Abg. Dr. Krause. Ich kann nicht sagen, daß die Resultate vorzugsweise denjenigen Abgeordneten unangenehm sein müßten, welche für die Centralisation der Eisenbahnen in Sachsen gestimmt haben. Die Bedeutung der heimischen Industrie, wie die politische Stellung Sachsens haben die gebrachten Opfer nöthig gemacht, und wenn die Regierung dafür Opfer fordert, so werde ich für meinen Theil solche stets zu bringen wissen.

Im Ganzen darf man sagen, daß der Etat über die Ueberschüsse mit großer Vorsicht aufgestellt ist, daß man sich gehütet hat, Illusionen zu erwecken. Ich habe ja einige Capitel angegeben, bei welchen sich vielleicht darüber streiten läßt, ob man in den Einnahmen nicht etwas höher gehen könnte. Indessen nach den trüben Erfahrungen, die wir nun schon zweimal mit den Staatsnuzungen gemacht haben, und da wir wissen, daß die Einnahmesätze schon seit vier Jahren nicht erreicht worden sind, will ich es auch nicht tadeln, wenn man vielleicht etwas zu ängstlich bei Aufstellung des Einnahmetats verfahren ist.

Die Zuschüsse anlangend, so begegnen wir verschiedenen Veränderungen, die einer weiteren Beleuchtung nicht bedürfen; denn wenn die Zinsen für die Staatsschulden und die Tilgung höhere Posten verlangen, so beruht das auf Gesetz und daran läßt sich Nichts ändern. Beim Gesamtministerium hat sich Nichts geändert; bei dem Departement der Justiz ist mir sehr erfreulich gewesen, zu finden, daß, wenn auch das Oberlandesgericht 118,000 Mark Mehraufwand verursacht, doch die Land- und Amtsgerichte mit 613,000 Mark niedriger angesetzt sind. Freilich ist dabei nicht unerwähnt zu lassen, daß auf der andern Seite die Bevölkerung infolge der eminent gestiegenen Gerichtskosten große Opfer bringen muß, und ich will hier schon heute einschalten: Falls bei Neuregelung der Taxen für die freiwillige Gerichtsbarkeit, bei welcher eine Mehreinnahme von 400,000 Mark nach dem vorliegenden Etat in Aussicht genommen ist, der Grundbesitz wesentlich mehr belastet werden sollte, so würde es mir sehr schwer fallen, solcher Vorlage zuzustimmen. Der Grundbesitz

ist nicht in der Lage, seine Käufe und Hypothekengeschäfte sich auch noch durch Erhöhung der Gerichtskosten vertheuern zu lassen. Doch das nur nebenbei. Das Departement des Innern fordert nur ein Mehr von 118,000 Mark und zwar für volkswirtschaftliche Zwecke, für die Polizeidirection Dresden, für Unterstützung der Landarmen. Es stehen Ersparnisse gegenüber und ich bin sehr begierig, bei der weiteren Berathung von dem Abg. Dr. Krause die Begründung zu hören, warum gerade dieses Departement ihm so viel Sorgen und Schrecknisse verursacht hat. Wenn das Mehr bei der eigentlichen Verwaltung des Staates nicht höher ist, als 118,000 Mark, so muß ich sagen: ich kann damit zufrieden sein. Das Departement der Finanzen ist am sparsamsten gewesen, es verlangt 337,000 Mark weniger; bei diesem Departement sind überall Abstriche gemacht worden und nur ein kleines Mehr bedingt die nöthig gewordene Vergrößerung des chemischen Laboratoriums zu Freiberg. Das Departement des Cultus hat im Ganzen ein Weniger von 2948 Mark aufzuweisen; das Departement des Auswärtigen ist unverändert. An den Ausgaben für Reichszwecke läßt sich Nichts ändern; die Pensionen sind um 285,103 Mark gestiegen, das können wir auch nicht ändern. Endlich ist ein Reservefonds von 71,000 Mark eingesetzt; dieser war früher ein paar Mal weggeblieben, die Wiederaufnahme kann man nur mit Freude begrüßen.

Trotz Alledem aber und obschon die Ausgaben nur in ganz geringem Umfange Erhöhung gefunden haben, stehen wir doch vor einem Deficit oder richtiger vor einer Post, die augenblicklich nicht gedeckt ist und zu deren Deckung man auf eine von dem Reiche gehoffte Herauszahlung von rund $4\frac{1}{2}$ Millionen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern rechnet. In der heutigen Debatte ist behauptet worden, daß Versicherungen gegeben worden seien, durch die Zölle werde sofort ein großer Aufschwung, eine gewaltige Besserung aller wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden. Nun, ich bin den Verhandlungen über die Zölle sehr aufmerksam gefolgt und ich habe an denselben theilgenommen; ich kann mich aber nicht erinnern, daß auch nur behauptet worden sei, sofort und mit einem Schlage würden sich die Einnahmen des Reichs wesentlich erhöhen und ein totaler Umschwung werde in wenigen Monaten eintreten. Davon war nie und nirgends die Rede; aber mit Sicherheit ist Besserung auf allen wirtschaftlichen Gebieten zu erwarten, wenn wir auf dem Wege fortschreiten, den die Reichsgesetzgebung jetzt eingeschlagen hat.

Es fragt sich nun: wie soll, wenn man den erwähnten Ansaß bemängelt, wie soll anders geholfen werden? Da wäre denn nun die Frage: sind die Einnahmen zu erhöhen? sind die Ausgaben zu ver-